

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Umweltlandesrat Rudi Anschober
Landeshauptmann-Stv. Mag. Dr. Michael Strugl
Infrastrukturlandesrat Mag. Günter Steinkellner
Bürgermeister MMag. Klaus Luger

26. November 2018

zum Thema

**"Präsentation des Maßnahmenprogramms zur
Verringerung Stickoxidbelastung in Linz - erste politische
Einigung ist in Bürgerbegutachtung - Vermeidung eines
Vertragsverletzungsverfahrens als vorrangiges Ziel"**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

"Präsentation des Maßnahmenprogramms zur Verringerung Stickoxidbelastung in Linz - erste politische Einigung ist in Bürgerbegutachtung - Vermeidung eines Vertragsverletzungsverfahrens als vorrangiges Ziel"

Oberösterreich hat in den vergangenen Jahren große Fortschritte und Verbesserungen bei der Luftqualität verwirklicht. Vor allem aus Industrie und Energieerzeugung konnten vielfach enorme Verringerungen von Emissionen verwirklicht werden.

Eine verbleibende Baustelle ist jedoch geblieben: bei den verkehrsbelasteten Messstellen an der A1 bei Enns sowie beim Römerbergtunnel in Linz konnten bisher die Grenzwerte bei Stickstoffdioxid nicht unterschritten werden. Unter der Koordination von Umweltlandesrat Rudi Anschober wurde in einem gemeinsamen Arbeitsprozess mit Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer, Wirtschaftsreferent Landeshauptmann-Stv. Dr. Michael Strugl und Infrastrukturlandesrat Mag. Günther Steinkellner sowie den zuständigen Verantwortlichen der Stadt Linz unter Federführung von Bürgermeister Klaus Luger ein erster Entwurf für ein neues Maßnahmenprogramm erarbeitet, das bis zum 7. Jänner 2019 zur Begutachtung aufliegt. <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/209540.htm>

Darin ist es gelungen, ein Bündel an über 30 Maßnahmen einfließen zu lassen, das nachhaltig Verbesserung nicht nur für das Gebiet rund um die Messstelle am Römerberg, sondern für den gesamten Großraum Linz bringen wird. Anschließend wird auf Basis des Entwurfs und der eingereichten Stellungnahmen ein Vorschlag für einen Beschluss der Oberösterreichischen Landesregierung erarbeitet. Ziel dabei ist der Gesundheitsschutz und das Vermeiden von Strafen durch ein Vertragsverletzungsverfahren durch die EU.

Grenzwerte gelten seit 2010

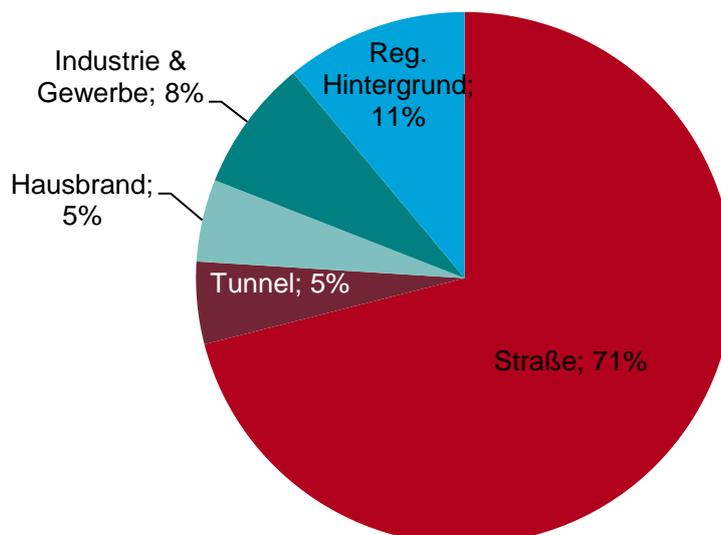
Die Gesetzgebung der EU legt fest, dass die Grenzwerte für Stickoxide ab 2010 eingehalten werden müssen. Für Linz wurde ein Aufschieben bis 2015 durch die EU-Kommission genehmigt. Linz ist die einzige Landeshauptstadt mit einer derartigen Fristverlängerung.

Die EU schreibt vor, dass die Dauer der Grenzwertüberschreitung „so kurz wie möglich“ gehalten werden muss.

Es besteht daher akuter Zeitdruck. Oberösterreich muss der Kommission belegen, dass das Ziel der Einhaltung der Grenzwerte konsequent angestrebt wird und ein Maßnahmenprogramm erarbeitet und beschlossen wird, dass die Einhaltung der Grenzwerte ermöglichen kann.

Handlungsbedarf erkannt

Intensiv wurde in den vergangenen Monaten analysiert, welche Maßnahmen besonders geeignet sind, um den Grenzwert für Stickstoffdioxid zu unterschreiten. Eine Verursacheranalyse zeigt: Hauptverursacher für die Grenzwertüberschreitungen des NO²-Jahresmittelwerts ist der Straßenverkehr und insbesondere die Stickoxidemissionen der Dieselfahrzeuge. Am Römerberg, der höchstbelasteten, kontinuierlich betriebenen Messstelle in Linz, beträgt der direkte Anteil des Verkehrs an NO_x-Belastung 71%, weitere 5% stammen aus der Tunnelabluft und damit auch aus dem Verkehr (Grafik). 11% stammen aus der großräumigen Hintergrundbelastung zu der auch wiederum der Verkehr mit 6% beiträgt. Damit stammen somit 82% der NO_x-Belastung am Römerberg aus dem Straßenverkehr. Emissionen der Industrie und der Energieversorgung tragen dabei in wesentlich geringerem Ausmaß bei.



Umweltlandesrat Rudi Anschober: *Wir haben die Sanierung der Linzer Großindustrie geschafft, wir haben trotz Ausbaus der Produktion in der voestalpine ab dem Jahr 2005 durch eine im Jahr 2007 abgeschlossene innovative UVP eine weitere massive Absenkung der Emissionen geschafft. Und wir haben durch ein im Jahr 2005 beschlossenes umfassendes Maßnahmenprogramm Feinstaub das Problem PM10 gelöst. Nun ist es gelungen, für die letzte verbleibende „Baustelle“ NOx ein gemeinsames Maßnahmenprogramm auszuarbeiten, dass auch für diesen Bereich Verbesserung bringen wird. Denn es ist dringend notwendig, die Gesundheit der Bürger/innen, vor allem in Gebieten entlang von Durchzugsstraßen besser zu schützen “*

Maßnahmen im Überblick

- Vorantreiben von Nachrüstungen bei der Software als auch im Hardwarebereich bei Diesel-PKWs,
- das Forcieren der effektiven Kontrolle von Abgasmanipulationen,
- Maßnahmen zur Modernisierung des Taxibestandes in Linz
- ein Maßnahmenbündel, um den Anteil der E-Mobilität zu erhöhen,
- eine Vielzahl von Maßnahmen im öffentlichen Verkehr inklusive einem Konzept für Busschleusen an Linzer Einfallstraßen
- Maßnahmen für gebietsbezogene Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sowie
- Maßnahmen, um den Ausbau der Rad- und Fußinfrastruktur zu forcieren

Bündel an Maßnahmen für nachhaltige Verbesserung

Die im Programm enthaltenen Maßnahmen lassen sich in Maßnahmen, deren Umsetzung ohne lange Vorlaufzeit möglich ist sowie langfristige und begleitende Maßnahmen unterteilen.

Vorantreiben von Nachrüstungen

Aufgrund illegal eingebauter Vorrichtungen in vielen Diesel-Fahrzeugen liegen die NOx Emissionen im realen Fahrbetrieb um ein Vielfaches höher als bei der Typengenehmigung. Würden die Diesel-KFZ Emissionen entsprechend der

Typprüfung im Realbetrieb verursachen, so würde im Jahr 2020 der Grenzwert eingehalten werden. Die Prognoserechnung ergibt einen Wert von 33 µg/m³.

Wie die Entwicklungen in Deutschland zeigen, wären Nachrüstungen an der Hardware von Diesel-Pkw technisch umsetzbar. Ziel ist es, Nachrüstungen an der Hardware auch in Österreich zu erwirken.

Ausbau der E-Mobilität als große Chance

„Der Ausbau der E-Mobilität wird positive Auswirkungen auf die Luftqualität bringen. Noch scheint ein Umstieg allerdings mit vielen Unsicherheiten verbunden bzw. sind die notwendigen infrastrukturellen Voraussetzungen noch nicht ausreichend geschaffen. Das Land OÖ möchte gemeinsam mit der Stadt Linz attraktive Anreize für einen solchen Umstieg bieten“, unterstreicht Wirtschaftsreferent Landeshauptmann-Stv. Dr. Michael Strugl.

E-Mobilitätsoffensive

Um die Anzahl der E-Fahrzeuge bzw. die E-Mobilität im Land Oberösterreich und im Zentralraum zu erhöhen, ist folgendes Maßnahmenbündel in Planung:

- Ausbau der Ladeinfrastruktur in Abstimmung mit den oberösterreichischen Energieversorgern
- Vorbildfunktion des Landes Oberösterreich und anderer Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes beim eigenen Fuhrpark
- Vorbildfunktion des öffentlichen Dienstes bei der Erbringung von Dienstleistungen wie Straßenreinigung und Müllabfuhr
- Lademöglichkeit für Mitarbeitern beim Arbeitgeber (auch mit Vorbildfunktion im öffentlichen Dienst)
- Maßnahmenbündel für sonstige Verkehrsgruppen (Zustelldienste, Busse, etc.)
- Zusätzlich zur Bundesförderung Anreize für im Großraum Linz ansässige Betriebe ihren Fuhrpark umzustellen

Landesinitiative für energieeffiziente emissionsfreie Taxis

Taxis sind jener Anteil an Fahrzeugen, die im Allgemeinen eine hohe Fahrleistung haben. Eine Erhebung Ende 2017 ergab, dass 91 Prozent, der in Linz betriebenen

Taxis, Dieselfahrzeuge sind und davon 40 Prozent den Euroklassen 0 – 3 angehören.

Ziel ist es, dass im Sanierungsgebiet nur noch Diesel-Taxis mit Euroklasse 4 oder höher fahren und vermehrt energieeffiziente emissionsfreie Taxis zum Einsatz kommen. Dazu wird ein Förderprogramm für den Umstieg auf E-Taxis und für den Ausbau der nötigen Ladeinfrastruktur gemeinsam mit der Stadt Linz erarbeitet.

Ausbau des öffentlichen Verkehrs

„Der Großraum Linz ist ein dynamisch wachsender Lebens- und Wirtschaftsraum, der sich als Ballungsraum kontinuierlich weiterentwickelt. Die Umsetzung attraktiver ÖV-Projekte, wie die Durchbindung der Mühlkreisbahn zum Linzer Hauptbahnhof, die Schaffung einer schienengebundenen Nahverkehrslinie in Richtung Gallneukirchen-Pregarten bilden das Fundament für eine zukunftsorientierte und umweltfreundliche Infrastruktur im Zentralraum“, so Landesrat für Infrastruktur Mag. Günther Steinkellner.

Ein wesentlicher Teil der Maßnahmen im Programm zielen auf die Attraktivierung und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs ab.

Den Oberösterreicher/innen soll der Umstieg von Auto auf Bus, Bahn, Straßenbahn leicht gemacht werden. Neben dem positiven Effekt auf die Luftqualität ist das auch das Fundament einer zukunftsorientierten Verkehrsplanung.

Konzept für Busschleusen an Linzer Einfallstraßen

Um vor allem für Einpendler den öffentlichen Bus als das Verkehrsmittel ihrer Wahl zur Fahrt an die/von der Arbeitsstelle zu attraktivieren, arbeitet das Land Oberösterreich derzeit gemeinsam mit dem Magistrat Linz an einem Konzept für sogenannte Busschleusen. An allen Linzer Einfallstraßen wird erhoben, wie sich eine solche „Vorfahrt“ des öffentlichen Buses zum Individualverkehr jeweils auswirkt.

Im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts für den Großraum Linz wurde ein Konzept für eine Busspur auf der B 126 bereits erarbeitet. In diesem Konzept ist

bspw. eine Mitbenutzung der Busspur durch den Radverkehr in Richtung Linz vorgesehen. Eine Entscheidung über die Umsetzung ist noch ausständig.

Realisierung S-Bahnkonzept

Im Großraum Linz wurde im Dezember 2016 auf den fünf Bahnstrecken Westbahn (Ost und West), Pyhrnbahn, Summerauer Bahn und LILLO ein S-Bahn-Konzept umgesetzt. Das bestehende Regionalzugangebot wurde klar strukturiert, vertaktet und verdichtet und auf den Fernverkehrstaktknoten Linz Hauptbahnhof ausgerichtet. Das Land OÖ hat ca. 400.000 zusätzliche Eisenbahnkilometer bestellt. Mit Marketingaktivitäten wird die Inanspruchnahme unterstützt.

Im Rahmen des Verkehrsdienstevertrags 2020 für den Schienennah- und Regionalverkehr ist geplant, zusätzliche 150.000 Zugkilometer für die weitere Verdichtung des S - Bahntaktes zu bestellen.

Mühlkreisbahn - neu

Die 2. Schienenachse wird südlich der Donau bis zum Europaplatz als 4 - Schienengleis ausgeführt, um auf derselben Infrastrukturachse die Durchbindung der Mühlkreisbahn auf Normalspur zu ermöglichen. Parallel zu den Planungen der 2. Schienenachse werden daher auch die Planungen der Mühlkreisbahn - neu zwischen Mühlkreisbahnhof und oberem Mühlviertel durchgeführt. Dabei wird auch eine Elektrifizierung der MKB als eine Planungsalternative geprüft.

Stadt Linz trägt Maßnahmenprogramm aktiv mit

„Die mobilen Bedürfnisse in unseren Städten wachsen und treffen auf hohe Umwelt- und Klimaziele. E-Mobilität steht dabei im Mittelpunkt vieler Konzepte und Lösungsansätze, sowohl im individuellen, als auch im öffentlichen Verkehr. Linz setzt dabei wichtige Impulse. Bereits jetzt fahren 75 Prozent der 112 Millionen Fahrgäste der Linz Linien bereits elektrisch. 85 öffentliche E-Ladestationen sind im Stadtgebiet in Betrieb. 2019 investiert die Linz AG mehr als 6 Millionen Euro in die neue E-Bus-Flotte. Ich denke, die Stadt ist auf einem guten Weg, die geforderten Klimaziele kontinuierlich zu erreichen, ohne dabei auf Verbote zu setzen. Zudem kommt der Verbindung der Stadt mit ihren Umland durch den

Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs mehr denn je die zentrale Betreuung zu“, so Bürgermeister Klaus Luger.

Die Stadt wird mit wichtigen Maßnahmen zum Gelingen des Ziels Einhaltung der Luft-Grenzwerte beitragen und hat sich auch im Programm mit Maßnahmen beteiligt. So wird bspw. in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit dem Land Oberösterreich an gemeinsamen Vorschlägen für gebietsbezogene Verkehrsberuhigungsmaßnahmen gearbeitet.

Ersatz Gas-Busse durch O-Busse auf den Linien 41 und 43

Auf den Linien 41 und 43 werden ab 2019 ausschließlich O-Busse verkehren (bislang werden knapp 6 % der Laufleistung mit gasbetriebenen Bussen erbracht). Insgesamt werden 20 neue O-Busse im Großraum Linz betrieben.

Konzept- und Grundsatzplanung für den Ausbau multimodaler Knotenpunkte

Das Magistrat Linz erarbeitet zurzeit die Grundsatzplanungen und Konzepte für den Ausbau der von neun multimodalen Knotenpunkte, um eine rasche Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsarten mit entsprechenden Informationsquellen zu ermöglichen, wodurch die Mobilitätsbedürfnisse umweltfreundlich, rasch und stadtverträglich befriedigt werden können.

Aufbau eines Bike-Sharing Angebots

Errichtung von Radverleihstationen an stark frequentierten Punkten in der Linzer Innenstadt bzw. bei hochrangigen Stationen des öffentlichen Verkehrs.

Stromanschlüsse für Donauschiffe

Am 1. Juli 2018 waren drei Schiffsanlegestellen bei der Schiffswerft und eine Anlegestelle etwa gegenüber dem Brucknerhaus mit Landstromanschluss ausgestattet. In den nächsten Jahren sollen alle Schiffsanlegestellen mit Landstromanschluss ausgestattet werden.